

die Gründe anhören und deklarieren: Für die heurige Fastenzeit, für ein Jahr oder solange die Gründe bestehen, könne sie die Faule nehmen. Es wird dadurch der Gehorsam geübt. Auch soll der Konfessarius ein anderes gutes Werk verlangen, z. B. den Besuch der Predigt, eine Dekade des Rosenkranzes. Anna, eine Kontoristin, kommt und jammert: Ja, ich bekomme Kopfschmerz, wenn ich nicht um 9 Uhr etwas esse, in der Kriegszeit bekomme ich kein ordentliches Mittagessen, ich bin nicht satt vom Gemüse u. s. w. Nun gut, nehmen Sie etwas und beten Sie dafür eine Dekade des Rosenkranzes. Der Gehorsam wurde geübt, Eigenmächtigkeit ist verhindert. Das hat Tullius übersehen.

Wien, Pfarre Altlerchenfeld.

Karl Krasa, Kooperator.

Kirchliche Zeitläufe.

Von P. Peter Sinthern S. J.

1. Die päpstliche Friedensnote. — 2. Die Aufgabe der Katholiken, insbesondere der Priester gegenüber der Friedensnote des Papstes. — 3. Christliche Völkerveröhnung. — 4. Vorboten einer besseren Zeit.

1. Drei volle Jahre wütet nun bereits der gewaltige Krieg. Unendliches Leid hat sich über Millionen von Menschenherzen herab-gesent, ungeheure Summen, mit denen man die meisten sozialen Schäden der ganzen Menschheit hätte heilen können, sind in den unerfättlichen Rachen des Krieges geworfen worden. Trotzdem sind wir noch heute dazu verurteilt, unser ganzes Denken von den wahn-witzigen Bildern dieses trostlosen Krieges beherrscht zu sehen. Auf wie lange noch? Wir wissen es nicht. Wohl irrt seit dem herr-lichen Schreiben des Heiligen Vaters zur ersten Jahreswende des Krieges und seit dem ehrlichen Friedensangebot der Mittelmächte am 12. Dezember 1916 die Friedenstaube schon umher; allein das müßte Vernichtungsgeheul, das der Heilige Vater schon damals als die Hauptursache der Verlängerung des Krieges bezeichnete, ist noch nicht verstummt. Doch hören wir allmählich von den ver-schiedensten Seiten auch andere Laute. Die vergeblichen Anstren-gungen, den Krieg militärisch zu beenden, haben vielfach ermüthend gewirkt; die Völker beginnen der unnützen Blutopfer müde zu werden; die Stimmen der Einsichtigen und Versöhnlichen mehren sich. Das neue Rußland hat von einem Frieden ohne Annexionen und Ent-schädigungen gesprochen und vom Verbande eine Ueberprüfung der gemeinsamen Kriegsziele im selben Sinne verlangt; Oesterreich-Ungarn hat sich zu Friedensverhandlungen mit Rußland auf dieser Grundlage bereit erklärt und Deutschland hat gleichfalls seine Zu-stimmung dazu gegeben. Aber es gelang Kerenski mit seiner hin-reißenden Beredsamkeit, die russischen Heere noch einmal zum Sturme gegen die Mittelmächte zu führen. Der verbandsfreundliche Sozialist Branting übernahm es, durch die sogenannte Stockholmer Kon-

ferenz die friedensfreundlichen Neigungen weiter russischer Kreise diplomatisch unschädlich zu machen; in Stockholm wurden die neutralen Sozialisten und die der Mittelmächte fleißig ausgehört und den Verbandswünschen gefügig zu machen gesucht; die deutschen Sozialisten wurden höflichst eingeladen, in Deutschland die Monarchie zu stürzen und bezüglich Elsaß-Lothringens sich auf den französischen Standpunkt zu stellen. Enttäuscht wandten sich die deutschen Mehrheitssozialisten von den Stockholmern ab, da diese den Krieg nicht beenden wollten, ohne die Verschmetterungsziele des Verbandes gegen Deutschland durchgeführt zu haben.

Bei dieser Lage der Dinge hielt der Heilige Vater zu Beginn des vierten Kriegsjahres, in unentwegter Verfolgung seiner Friedensbestrebungen, den Augenblick für gekommen, um noch einmal mit einer noch dringlicheren Friedensforderung vor die streitenden Mächte hinzutreten. Das päpstliche Schreiben ist in die Form einer diplomatischen Note „An die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker“ gerichtet und hat im Texte folgenden Wortlaut:

Seit dem Tage, an welchem Wir inmitten der Schrecknisse des furchtbaren, über Europa entfesselten Krieges Unser Pontifikat antraten, haben Wir Uns vor allem drei Ziele vorgestreckt: Gegenüber allen kriegführenden vollkommene Unparteilichkeit zu wahren, wie dies jenem geziemt, welcher der gemeinsame Vater ist und der alle seine Kinder mit gleicher Liebe umschließt; unablässig bestrebt zu sein, allen das größte Maß von Gutem zu erweisen, dies ohne Ansehen der Person, ohne Unterschied der Nationalität oder der Religion, sowie es Uns sowohl das allgemeine Gesetz der Barmherzigkeit als auch das Uns von Christus übertragene höchste geistliche Amt vorschreibt; schließlich — wie dies in gleicher Weise Unsere Sendung als Friedensstifter erheischt — nichts zu unterlassen, was in Unserer Macht liegt und dazu beitragen könnte, das Ende dieser Not zu beschleunigen, indem Wir versuchen, die Völker und deren Oberhäupter zu gemäßigteren Entschlüssen zu führen, zu ruhigen Erwägungen des Friedens, eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Wer innerhalb dieser eben abgelaufenen drei Schmerzensjahre Unser Wirken verfolgt hat, konnte leicht erkennen, daß Wir Unserem Entschluß, vollkommene Unparteilichkeit zu wahren und Unserem Werke der Wohltätigkeit stets treu geblieben sind, und daß Wir nicht aufgehört haben, die kriegführenden Völker und deren Regierungen zu ermahnen, wieder Brüder zu werden, wenn auch nicht alles der Oeffentlichkeit bekannt gegeben worden ist, was Wir unternommen haben, um dieses so edle Ziel zu erreichen.

Gegen Ende des ersten Kriegsjahres haben Wir an die kämpfenden Nationen die lebhaftesten Ermahnungen gerichtet und ihnen überdies den Weg angedeutet, der zu verfolgen wäre, um zu einem festen, für alle ehrenvollen Frieden zu gelangen.

Unser Ruf wurde unglückseligerweise nicht gehört und mit allen seinen Schrecknissen ging der Krieg während weiterer zwei Jahre erbittert fort. Er wurde sogar noch grausamer und breitete sich zu Lande, zur See bis in die Lüfte aus. Man sah Verzweiflung und Tod über unverteidigte Städte, über ruhige Dörfer, über deren schuldlose Bevölkerung hereinbrechen. Und niemand vermag heute zu ermessen, um wie viel sich die Leiden aller vermehren und verschärfen würden, sollten weitere Monate oder schlimmer noch, weitere Jahre sich an diese blutigen drei Jahre reihen. Soll denn die zivilisierte Welt nur mehr ein Feld des Todes sein? Und

wird dieses so ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, dem Abgrunde entgegenrutschen und an sich selbst Hand anlegen?

In dieser so verzweifelten Lage und angesichts dieser schweren Gefahr lassen Wir, die Wir keine politischen Sonderabsichten verfolgen, die Wir weder auf die Anregungen einer der kriegsführenden Parteien hören, noch auch deren eigensüchtige Interessen berücksichtigen, die Wir ausschließlich von dem Gefühl Unserer höchsten Pflicht als gemeinsamer Vater der Gläubigen, von den Unsere Vermittlung und Unser friedensstiftendes Wort erslehenden Bitten unserer Kinder, von der Stimme der Menschlichkeit und Vernunft getrieben sind, einen neuen Ruf nach dem Frieden ergehen und wenden Uns eindringlich an jene, welche die Geschicke der Nationen in ihren Händen halten. Um Uns aber weiterhin nicht mehr auf Allgemeinheiten zu beschränken, wie die Umstände Uns dies in der Vergangenheit als ratsam erscheinen ließen, wollen Wir jetzt zu bestimmten und ausführbaren Vorschlägen übergehen und die Regierungen der kriegsführenden Völker einladen, sich über die folgenden Punkte ins Einvernehmen zu setzen, welche, wie es scheint, die Grundlagen eines gerechten und dauerhaften Friedens sein müßten, wobei den Regierungen überlassen bleibt, diese Vorschläge näher zu bestimmen und sie zu ergänzen.

Der erste grundlegende Gedanke muß sein, daß die moralische Kraft des Rechtes an die Stelle der materiellen Kraft zu treten hat; hieraus ergibt sich, daß ein gerechtes Einvernehmen aller herzustellen ist über die gleichzeitige und wechselseitige Herabminderung der Rüstungen, dies nach aufzustellenden Regeln und Sicherheiten, und zwar bis zu jenem Maße, welches notwendig und ausreichend ist, um die öffentliche Ordnung in jedem Staate aufrechtzuerhalten; weiters an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedenssichernden Bedeutung nach Maßgabe der zu vereinbarenden Bestimmungen, sowie die Festsetzung bestimmter Strafandrohungen gegen jenen Staat, der sich weigern sollte, internationale Streitfragen der schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten oder sich den gefällten Schiedssprüchen zu unterwerfen.

Sobald auf diese Weise die Herrschaft des Rechtes aufgerichtet ist, möge man alle Hindernisse beseitigen, welche dem freien Verkehr der Völker im Wege stehen, indem man durch gleichfalls festzustellende Regeln die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere sichert, was sowohl vielfache Gründe von Konflikten beseitigen, als auch alle Quellen des Wohlstandes und Fortschrittes eröffnen würde.

Was den Ersatz der Schäden und Kriegskosten anbelangt, so sehen Wir zur Lösung dieser Frage kein anderes Mittel, als die Aufstellung des gemeinsamen Grundsatzes, hierauf vollkommen und wechselseitig zu verzichten, was im übrigen durch die unendlichen an der Abrüstung zu erzielenden Wohltaten gerechtfertigt ist; dies umsomehr, als die Fortsetzung dieses Blutvergießens einzig und allein aus Gründen wirtschaftlicher Natur nicht faßbar wäre. Sollten demgegenüber für die abweichende Behandlung gewisser Fälle besondere Gründe bestehen, so möge man sie gerecht und billig wägen.

Diese Friedensvereinbarungen mit ihren hieraus fließenden unermesslichen Vorteilen sind jedoch nicht möglich ohne die wechselseitige Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete.

Demnach muß seitens Deutschlands die vollständige Räumung Belgiens erfolgen, wobei die volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit dieses Staates gegenüber welcher Macht immer sicherzustellen sein wird; weiterz in gleicher Weise die Räumung des französischen Gebietes: von seinen der übrigen kriegsführenden ebenso die Rückstellung der deutschen Kolonien.

Was die territorialen Fragen anbelangt, wie beispielsweise jene, die den Gegenstand des Streites zwischen Italien und Oesterreich, sowie zwischen Deutschland und Frankreich bilden, so besteht die Hoffnung, daß die streitenden Teile in Erwägung der unermesslichen Vorteile eines mit der Abrüstung verbundenen dauerhaften Friedens diese Fragen im Geiste des Entgegenkommens prüfen und hierbei, so wie Wir dies bei einem früheren Anlaß gesagt haben, im Rahmen der Gerechtigkeit und Möglichkeit den Wünschen der Völker Rechnung tragen, und gegebenenfalls die Sonderinteressen mit dem allgemeinen Wohl der großen menschlichen Gesellschaft in Einklang bringen werden.

Der gleiche Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen, insbesondere jener, welche sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf diejenigen Gebiete beziehen, die Bestandteile des ehemaligen Königreiches Polen bildeten, dessen vornehme geschichtliche Ueberlieferungen und während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise die Sympathien der Nationen erwecken müssen.

Diese sind die hauptsächlichsten Grundlagen, auf denen, wie Wir glauben, die künftige Neuordnung der Völker aufgebaut werden müßte. Sie sind so beschaffen, daß sie die Wiederkehr ähnlicher Konflikte unmöglich machen und die Lösung der wirtschaftlichen Frage vorbereiten, welche für die Zukunft und das materielle Wohlergehen aller kriegsführenden Staaten so wichtig ist. Indem Wir Euch, die Ihr in dieser so schicksalschweren Stunde die Geschichte der kriegsführenden Nationen lenkt, diese Grundzüge zur Kenntnis bringen, sind Wir von der beglückenden Hoffnung beseelt, sie angenommen und damit den schrecklichen Kampf, der immer mehr als zweckloses Blutbad erscheint, baldigst beendet zu sehen.

Alle Welt erkennt anderseits an, daß die Waffenehre aller Teile unversehrt ist. Leihet also Euer Ohr Unserer Bitte und nehmet die väterliche Einladung, die Wir im Namen des göttlichen Erlösers, des Friedensfürsten, an Euch richten, an. Seiet Eurer schweren Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen eingedenk. Von Euren Entschlüssen hängen Ruhe und Freude zahlloser Familien, das Leben tausender junger Leute, mit einem Wort das Glück der Völker ab, denen Ihr die Wohltat dieser Entschlüsse unbedingt schuldet. Möge Euch der Herr die seinem heiligsten Willen entsprechenden Entschlüsse eingeben! Möge es der Himmel fügen, daß Ihr den Beifall Eurer Zeitgenossen erringet und Euch bei den kommenden Geschlechtern den schönen Namen der Friedensstifter sichert.

Wir, die Wir in Gebet und Buße mit allen nach dem Frieden seufzenden gläubigen Seelen eng verbunden sind, erslehen für Euch vom Heiligsten Geiste Erleuchtung und Rat.

Vom Vatikan, am 1. August 1917.

Benedikt XV.

Wichtig sind einige halbamtliche Erläuterungen der Friedensnote des Papstes im „Osservatore Romano“.

Es wird zunächst festgestellt, daß die Note aus einer genauen Prüfung der vorliegenden Äußerungen der kriegsführenden Mächte hervorgegangen sei. Was die Abrüstung und das Schiedsgericht betrifft, so seien alle darin einig, daß aus diesem Kriege eine neue gesellschaftliche Ordnung hervorgehen müsse, die eine Wiederholung des Krieges unmöglich mache. „Gibt es noch ein anderes, nicht völlig utopistisches Mittel zur Erreichung dieses Zieles, als die allgemeine Abrüstung, so möge man es nennen; sonst muß, wer den Zweck will, auch das notwendige Mittel wollen.“ Der gegenseitige Verzicht auf Entschädigungen für die Kosten und Schäden des Krieges sei als allgemeine Regel aufgestellt; fast alle kriegsführenden — nämlich Rußland, Frankreich, England, Deutschland und Oesterreich-Ungarn — ständen dies bezüglich der Kriegskosten bereits zu; Rußland, Deutschland

und Oesterreich-Ungarn dehnten diese Zustimmung auch bereits auf die Kriegsentfchädigungen aus, während Ribot für sein Land eine Entschädigung verlange; die Note habe, wenn dies auch nicht ausdrücklich gesagt sei, einen Unterschied machen wollen zwischen unausbleiblichen Kriegsschäden in Feindesland und solchen, die ohne militärische Notwendigkeit durch die Schuld der militärischen Behörden veranlaßt worden seien, wobei allerdings beachtet werden müsse, daß eine solche Schuld sehr schwer festzustellen sei. Die Folge des Verzichtes auf Annexionen sei die Räumung der besetzten Gebiete; wenn der Papst ausdrücklich jene drei Fälle genannt habe, welche die öffentliche Meinung am meisten erregt hätten: die Besetzung Belgiens, Nordfrankreichs und der deutschen Kolonien, so sei damit nicht gesagt, daß die übrigen besetzten Gebiete außer Frage ständen.

Unter der Spitzmarke „Zweckmäßige Vergleiche“ kommt der „Osservatore“ am 29. August noch einmal auf die Note zurück, um in wirksamer Weise die Uebereinstimmung der in ihr enthaltenen Richtlinien für den Frieden mit den Aeußerungen Wilsons und anderer Verbandsführer darzutun.

Nach Anführung der Vorschläge des Heiligen Vaters zur Aufrichtung einer festen internationalen Rechtsordnung durch Abrüstung und Schiedsgerichte heißt es: Präsident Wilson drückt sich in seiner Botschaft vom 22. Jänner dieses Jahres an den Senat folgendermaßen aus: „Es ist unbedingt nötig, daß eine Kraft geschaffen wird, die insdane ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu verbürgen, eine Kraft, weit größer als diejenige irgend eines der bisher gebildeten oder geplanten Bündnisse, so daß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte.“ Betreffs der Rüstungen fügt Wilson hinzu: „Der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große, schwerwiegende Rüstungsmaßnahmen da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden sollten“, wobei Wilson daran erinnert, daß auf den internationalen Konferenzen auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger „jene Beschränkung der Rüstungen verfochten haben, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber Werkzeuge für einen Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht“.

Bezüglich der vom Papste angeregten Freiheit der Meere drückt sich Wilson in der erwähnten Botschaft also aus: „Soweit möglich, sollte überdies jedes große Volk, das jetzt nach der vollen Entwicklung seiner Hilfsmittel strebt, einen direkten Ausgange zu den großen Heerstraßen der See versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretungen nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht werden können, was an und für sich eine Sicherung des Friedens bedeuten würde. Keine Nation braucht von dem Zugang zu den offenen Wegen des Welthandels ferngehalten zu werden. Der Seeweg muß gleichfalls durch gesetzliche Bestimmungen wie auch tatsächlich frei sein. Die Freiheit der Meere ist eine *Conditio sine qua non* für den Frieden, eine Gleichheit der Zusammenarbeit.“ „Besteht nicht eine vollkommene Gleichheit in den Worten des Heiligen Vaters und in den von Wilson vorgeschlagenen Thesen? Bemerkenswert ist noch, daß diese Thesen in öffentlicher Rede von einem englischen Minister gebilligt wurden, der dann noch erklärte, England würde nicht abgeneigt sein, diese Punkte zur Debatte zuzulassen.“

Zum Vorschlage des Papstes, auf alle Entschädigungen zu verzichten, heißt es: „Auch hier fehlt der sogar absolut in die Augen springende Vergleich nicht. Die russische vorläufige Regierung, die in ihrer Erklärung vom 19. Mai dieses Jahres die Grundlinien ihrer Politik darlegt, stellte als erste derselben folgende auf: „In der auswärtigen Politik lehnt die vorläufige Regierung in Uebereinstimmung mit dem gesamten Volke jeden Gedanken an einen Sonderfrieden ab und setzt sich offen als Ziel die Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens, der weder eine Beherrschung anderer Völker,

noch eine Beschlagnahme ihrer nationalen Güter, noch eine gewaltsame Aneignung von Gebieten eines anderen Volkes erstrebt, eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.“ Dieses Programm der russischen vorläufigen Regierung „weder Annexionen, noch Kriegsentchädigungen“ sei, so bemerkt der „*Osservatore Romano*“, vom deutschen und österreichischen Parlament angenommen, vom Ministerpräsidenten Ribot in öffentlicher Kammer Sitzung vom 22. Mai gebilligt worden, wobei er die Unterscheidungen von Annexionen und Desannexionen machte. Auch das englische Unterhaus trat den vom französischen Parlament gebilligten Erklärungen Ribots bei.

Wie man sehe, habe der Heilige Vater die bereits gefassten Beschlüsse der hervorstechendsten kriegführenden Nationen zusammengestellt, und da er nicht habe voraussehen können, daß solche verleugnet würden, nachdem sie einmal angenommen waren, habe der Papst es für richtig gehalten, sich darauf zu stützen, um in praktischer Art die Grundlinien darzulegen, worauf sich die künftige Ordnung der Völker aufzubauen habe. Den Leitern der einzelnen Staaten bleibe es überlassen, angesichts der ungeheuren Vorteile eines dauerhaften Friedens, die Gebietsfragen im versöhnenden Geiste zu lösen, wobei sie den gerechten Ansprüchen der Völker Rechnung tragen und die eigenen Interessen mit den gemeinsamen der großen menschlichen Gesellschaft in Einklang bringen mögen.

Die ohne Zweifel hochbedeutende Note des Heiligen Vaters will in demselben idealen Geiste aufgefaßt und verstanden sein, in dem sie geschrieben ist. Gewiß bilden die konkreten Vorschläge, die der Heilige Vater diesmal im Gegensatz zum letzten großen Kriegsdokument macht, den Kern- und Angelpunkt seiner Darlegungen; sie sollen nach der Absicht des Heiligen Vaters den Ausgangspunkt und die Grundlage der Verhandlungen zwischen den Kriegführenden bilden; sie sind vom Heiligen Vater selbst ausgewählt, aber nicht willkürlich oder nur auf Grund abstrakter Erwägungen, sondern auf Grund der mehr versöhnlichen Äußerungen der Kriegführenden selbst, welche bei aller Gegensätzlichkeit doch bereits Übereinstimmung in gewissen für die Friedensmöglichkeit wichtigen Punkten aufweisen. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, daß die Vorschläge bis zur endgültigen Fassung und Annahme durch die Kriegführenden selbst noch manche Wandlungen durchzumachen haben, und es läßt sich heute noch nicht absehen, in welcher Gestalt sie einmal in dem Friedensdokument erscheinen werden. Das ist auch Nebensache, wenn die Anregung des Heiligen Vaters die widersprechenden Geister nur erst einmal einander genähert und zu gegenseitigem Gedankenaustausch veranlaßt hat. Es liegt gleichfalls in der Natur der Sache, daß die Vorschläge des Vermittlers, die aus den mehr oder weniger zusammenstimmenden Äußerungen von beiden Seiten herausgehoben sind, bald mehr die Färbung der einen, bald mehr die der anderen Seite tragen. Das schadet ebensowenig; denn gewisse Äußerungen und Forderungen klingen denn doch ganz anders im Munde Wilsons oder sonst eines hinterhältigen Verbandsdiplomaten als im Munde des Papstes, der den Worten nur ihre objektive, natürliche Bedeutung läßt.

Die moralische Macht des Rechtes soll wieder an die Stelle der materiellen Gewalt treten, sagt der Heilige Vater; damit macht der Heilige Vater sich durchaus nicht die Deklamationen der Verbändler zu eigen, welche Deutschland als den gewissenlosen Rechtsbrecher und den Verfechter einer rein materiellen Gewalt hinstellen; das Wort „Recht oder Unrecht, es gilt die Heimat“, ist nicht auf deutschem Boden entstanden; der Heilige Vater wünscht an Stelle des Kriegszustandes eben nur wieder den Friedenszustand herbei, wo in den Beziehungen der Völker zueinander nicht die Gewalt, sondern nur das Recht zu herrschen hat. Daß der Heilige Vater, entsprechend der katholischen Auffassung von der Grundlage des positiven Rechtes, dabei nicht nur an dieses mit seinen zwischenstaatlichen Vereinbarungen, sondern auch an das sittliche Naturrecht denkt, das bei der Beurteilung der Vergangenheit und bei den Vereinbarungen der Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen berufen ist, ist selbstverständlich. Der Heilige Vater macht sich ferner in einer sorgfältig umschriebenen Form den Abrüstungsgedanken zu eigen, der schon vor dem Kriege als frommer Wunsch eine so große Rolle spielte; desgleichen vertritt er den Gedanken der Schiedsgerichte, der schon vor dem Kriege einen Anfang der Ausführung erhalten hatte. Es ist jedoch sehr bemerkenswert, daß er nicht von dem „Bund der Nationen“ und von dem „Welttribunal“ spricht, von dem England und Amerika sich ums Leben gern die Weltpolizei und das Kommando über das „Weltfriedensheer“ geben lassen möchten, um auch nach dem Kriege noch die Möglichkeit zu haben, die bösen „Weltfriedensbrecher“ — wer kennt sie nicht? — endgültig niederzuwerfen und dadurch erst recht die angelsächsische Weltherrschaft zu begründen; in einer Polemik gegen die „Times“ erinnert vielmehr der „Osservatore Romano“ daran, daß Wilson als Zwangsmittel den wirtschaftlichen Boykott gegen den betreffenden Staat von seiten aller Kulturländer bezeichnet habe, ein Gedanke, der in der Tat in der rüpelhaften Antwort Wilsons auf die Friedensnote des Papstes wieder aufsteht. Bei dem elementaren Ruhebedürfnis der durch den Weltkrieg abgehezten Völker und bei der steigenden allgemeinen Friedenssehnsucht dürfte in der Tat der Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanke ernstlicher in Betracht kommen als wie bisher. Mit bemerkenswerter Bestimmtheit redet der Heilige Vater der namentlich von Deutschland als eine Hauptforderung betrachteten Freiheit der Meere das Wort, die er durch greifbare Rechtsätze gesichert sehen will.

Bezüglich der Gebietsfragen unterscheidet der Papst einfachhin militärisch besetzte Gebiete und solche Gebiete, auf welche, ob sie besetzt sind oder nicht, beide Seiten Anspruch erheben; er verlangt Räumung der ersteren, für die letzteren, wie auch für strittige politische Fragen nicht territorialer Natur, redet er der Verständigung das Wort. Der Friede, auch wenn er ein

Verständigungsfrieden ist, wird ja, darüber lassen die beiderseitigen Aeußerungen keinen Zweifel — und der Heilige Vater geht, das muß immer wieder betont werden, grundsätzlich von den beiderseitigen Aeußerungen aus! — immerhin keine einfache Rückkehr zum Status quo ante, sondern ein die militärische Lage und die militärischen Erfolge berücksichtigender Friede sein. Und in der That, wenn man den Schutz der Grenzen in der Zukunft ebensowenig wie in der Vergangenheit einzig und allein dem guten Willen des Nachbarn zu überlassen geneigt sein wird — der Heilige Vater selbst fordert ja für Belgien die Wiederherstellung auch seiner vollen „militärischen“ Unabhängigkeit —, so wird kein Staat dazu zu bewegen sein, seine um den Preis der größten Opfer an Gut und Blut erlangten Vorteile für die Sicherung seiner Grenzen und seiner Unabhängigkeit, wieder herauszugeben. Uebertriebene und unbillige Forderungen in dieser Hinsicht sind jedoch durch die Natur des Verständigungsfriedens ausgeschlossen. Da ferner keiner der beiden Teile sich zu dem Geständnis herbeilassen wird, ungerechterweise Krieg geführt zu haben, so werden praktisch beide Teile als solche zu betrachten sein, welche an die Gerechtigkeit ihrer Sache glauben und, im gegenseitigem Einverständnisse, zum Kriege als zur ultima ratio greifen, deren Entscheidung sie sich unterwerfen wollen. Der Verständigungsfriede muß hier zunächst die Wirkung haben, daß er von offenbar übertriebenen Folgerungen aus dem militärischen Erfolg und von Forderungen, welche durch die militärische Lage in Wirklichkeit nicht gerechtfertigt sind, abhält. Für weitere Gebietsabtretungen wird zunächst, wie namentlich von deutscher Seite wiederholt betont wurde, der Kompensationsgedanke eine wichtige Rolle spielen, für welchen, wegen der oft erklärten Solidarität des Verbandes, sich ein besonders weites Feld eröffnet; wo ein Gebiet auf Grund des Kompensationsgedankens allein noch nicht zu seinem alten Herrn zurückkehrt, wird wohl auf politischem Gebiet eine Kompensation gesucht und gefunden werden. In all diesen Fragen wird ein ehrlicher Verständigungswille die Arbeit bedeutend erleichtern. Mit den Forderungen nicht über das gerechte Maß hinausgehen, das fordert die Gerechtigkeit; auch nicht allzusehr an die Grenzen starrer Gerechtigkeit herangehen, das fordert die Billigkeit. In der Herabsetzung sonst gerechter Forderungen auf das Maß der Billigkeit soll zwar von niemand verlangt werden, daß er sich zur Anerkennung von Forderungen herbeilasse, die von ihm aus was immer für gerechten Gründen unmöglich angenommen werden können — „innerhalb der Grenzen der Möglichkeit“, sagt der Heilige Vater; zwischen den beiden äußersten Grenzen unerbittlicher Gerechtigkeit und praktischer Möglichkeit, bezw. Unmöglichkeit, sollen dann aber beiderseits die wenigstens nicht ungerechten oder unbilligen Forderungen der anderen Seite Berücksichtigung finden, andererseits von den Beteiligten selbst das Streben nach Erfüllung der Sonderwünsche und nach Wahrung

der Sonderinteressen so abgestimmt und begrenzt werden, daß es sich dem gemeinsamen ehrlichen Streben nach einer dauernd befriedigenden Ordnung in der großen menschlichen Gesellschaft harmonisch einfügt.

Fragen wir nach dem Erfolg der Friedensnote des Papstes, so läßt sich soviel jetzt schon sagen, daß er größer ist und weitere Wellen schlägt, als der aller vorausgehenden Anregungen des Heiligen Stuhles, größer auch, als alle Versuche, die von anderer Seite unternommen worden sind, wenn man gerechterweise auch anerkennen muß, daß außer den U-Booterfolgen und der starken Selbstbehauptung der Mittelmächte, auch die freilich nicht immer ganz uninteressierten Bemühungen von anderer Seite dazu beigetragen haben, einer besseren Aufnahme des diesmaligen Friedensschrittes des Heiligen Vaters die Wege zu bereiten. Von seiten der Mittelmächte konnte der Heilige Vater nach ihrer ganzen vorausgehenden Haltung ohnehin sicher sein, daß sie die Friedensnote mit aufrichtiger Anerkennung der guten Absichten des Papstes aufnehmen und ruhig und sachlich beurteilen würden, wenn bis zu diesem Augenblicke auch noch keine amtliche Antwort von ihrer Seite gegeben wurde. Auch die älteren Verbandsmächte haben sich amtlich zur Friedensnote noch nicht geäußert; wenn ein Teil ihrer Presse auch eine unfreundliche Haltung einnimmt, so fehlt es dafür nicht an Gegenständen auf seiten der Mittelmächte, wo sowohl die Alldeutschen als auch einige protestantische Fanatiker sich an Zügellosigkeit der Sprache mit jenen messen können. Viel wichtiger ist jedoch, daß auch auf seiten des Verbandes nicht wenige ruhigere Stimmen sich in freilich stark verlausulierter Weise zu Gunsten einer ruhigen Erwägung der Friedensnote bereit gefunden haben.

Die einzige amtliche Antwort hat bisher nur Wilson gegeben. Die Tatsache, daß „Havas“ es für angezeigt hielt, Wilsons Antwort in nicht unwichtigen Punkten zu fälschen, zu interpolieren und zuzustügen, zeigt, daß die Note doch nicht ganz im Sinne der vierverbändlerischen Intransigenten ausgefallen sein kann. Der Ton der Note ist dem Heiligen Vater gegenüber nicht nur höflich, sondern warm; der wesentliche Inhalt besteht aber darin, daß ein auf Recht gegründeter Friede, wie der Heilige Vater ihn anstrebe, mit der „deutschen Regierung“ nicht geschlossen werden könne, da diese in zielbewußter Weise und zu selbstsüchtigen Zwecken den ganzen Krieg hervorgerufen, sich über alles Recht hinweggesetzt und sich dadurch unfähig gemacht habe, daß man ferner ihren Worten Glauben schenke und auf Verträge, die mit ihr geschlossen werden, baue. Zur Erklärung dieser befremdenden Sprache führen die „Neuen Züricher Nachrichten“ „aus völlig autoritativen amerikanischen Quellen“ eine „auch von anderen Seiten bestätigte“ Version über die Vorfälle an, welche zum Bruche Amerikas mit Deutschland führten. Hiernach wäre derselbe „fast wie durch ein finsternes tragisches Verhängnis“ herbei-

geführt worden, „durch ganz unerhörte Mißgriffe, die nicht bei Wilson oder auf der amerikanischen Seite lagen und seine Handlungen von damals, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch menschlich begreiflich erscheinen lassen. So lange Wilson selbst die Bekanntmachung jener Mißgriffe als Pfeil im Köcher behält, haben andere keine Ursache, daran zu rühren. Wilson muß sich aber sagen, daß sie nicht im deutschen Regierungssystem oder im Monarchismus wurzeln, sondern in der Eigenart einer Persönlichkeit, für welche Wilson umsoweniger jenes System oder gar das deutsche Volk büßen lassen darf, als er selbst genau die nämliche Eigenart in hervorragender Weise besitzt und seit Februar betätigt. Was am 12. Dezember 1916 und am 31. Jänner 1917 geschah, berechtigt Wilson noch lange nicht zu einem tödlichen Verdikt über die heutigen Regierenden Deutschlands, obwohl Wilson sich damals mit einigem Grund als zweimal in den edelsten Bestrebungen bitter getäuscht fühlen mochte. Wilson muß sich ehrlicherweise sagen, daß mehr als jene persönlichen Mißgriffe eine tragische Verkettung der Umstände Schuld am Scheitern seiner Friedensbemühungen im Jänner 1917 war“. Diese verschleierte Andeutungen dürften sich namentlich auf angebliche üble Erfahrungen des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Gerard, in der letzten Woche vor dem Bruch mit Deutschland beziehen. Als jedoch Gerard eine Darstellung dieser angeblichen Vorgänge gab, sah sich der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg veranlaßt, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten und ausführlich darzulegen, daß Gerard seine betreffenden Äußerungen vollständig unrichtig wiedergegeben habe. Gerard hatte auch behauptet, er habe im letzten Augenblick vor dem Ausbruche des Weltkrieges einen verzweifelten, in den Annalen der Diplomatie einzig dastehenden Versuch unternommen, indem er sich an den Reichskanzler brieflich mit der Frage wandte, ob es denn gar nichts gebe, was die Vereinigten Staaten tun könnten oder was er selbst tun könne, um einen schrecklichen Krieg abzuwenden; er sei im voraus überzeugt, daß der Präsident alle seine Schritte im Interesse des Friedens billige. Auf diesen Brief habe er nie eine Antwort erhalten. Später sei die Kriegserklärung an Rußland erfolgt. Daraufhin brachte das Wolffsche Bureau die Feststellung: Weder der Reichskanzler, noch das Auswärtige Amt sind je in den Besitz eines solchen Briefes gelangt.

Wilson's Einnischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands, welche in seiner Antwortnote an den Heiligen Vater so kraß zutage tritt, war denn doch selbst Neutralen zu stark. Wilson ließ durch das Staatsdepartement erklären, Amerika beabsichtige keineswegs, wie behauptet werde, die Absetzung der Hohenzollerndynastie zu fordern, damit eine mögliche Grundlage zum Frieden sich finde. Amerika würde damit zufrieden sein, wenn in Deutschland innere Reformen Platz griffen, die eine Bürgschaft für die Ehrlichkeit des Verhaltens Deutschlands zu anderen Nationen geben. Deutschland eine be-

stimmte Regierungsform vorzuschreiben, sei nicht beabsichtigt. Amerika werde selbst darüber urteilen, ob es die Reformen, die eingeführt werden, für ausreichend hält, um als Grundlage für Friedensverhandlungen zu dienen. Die „Evening Post“ bringt dazu den Kommentar, Wilson warte nur darauf, daß Deutschland „eine verantwortliche Regierung ernenne“. Zu welchem Gedanken Scheidemann bemerkt, „daß der Reichstag, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Vertretung des deutschen Volkes, bereit ist, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen“; sei einmal der Friede da, so werde die Demokratisierung ohnehin reißende Fortschritte machen. Man darf nicht vergessen, daß Wilson im Grunde für das Ideal des gesamten Freimaurertums, den sofortigen oder allmählichen Sturz aller Monarchien und die Einführung von Republiken, letztlich einer von der Loge souverän beherrschten Weltrepublik kämpft. Nur an den Grenzen der Möglichkeit wird er und mit ihm das gesamte Logentum Halt machen. Der „Vorwärts“ schlägt schon ganz in diese Kerbe, wenn er schreibt: „Was fehlt, ist eine der Volksvertretung wirklich verantwortliche Regierung, wie sie in allen anderen Ländern der Welt besteht. Sollen wir Deutschen uns nachsagen lassen, daß man mit uns nicht verhandeln könne, weil wir ein Helotenvolk seien, das gar nicht imstande ist, seinen eigenen Willen zur Geltung zu bringen?“ Einstweilen ist die Wirkung der Hauptforderung Wilsons in seiner Antwort an den Papst ein nur um so festerer Anschluß der großen Mehrheit des deutschen Volkes an die Monarchie und an seinen Kaiser, in dem es eine festere Bürgschaft des Friedens sieht, als in allen „Demokratien“ des Westens.

Neben dieser negativen Seite der Antwort Wilsons ist jedoch die positive Seite nicht zu übersehen; es läßt sich nicht leugnen, daß darin eine bedeutende Annäherung an den Standpunkt der Mittelmächte stattfindet, die sich notwendig geltend machen muß, wenn Wilson einmal seine unangebrachten Einnischungsversuche in die inneren Verhältnisse Deutschlands als aussichtslos erkennen muß. Die Note sehe aus, meint Scheidemann, als habe ihr das Friedensprogramm des deutschen Reichstages zu Grunde gelegen. Mit allen Forderungen dieses Programms, nämlich dem Verständigungsfrieden, der Vermeidung erzwungener Gebietserwerbungen und sonstiger Vergewaltigungen, der Zurückweisung jeder wirtschaftlichen Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege, sei die amerikanische Regierung einverstanden. „In Worten gegen Deutschland, in der Sache gegen die Verbandsziele“, urteilt die „Reichspost“.

Das ist natürlich nur in einem gewissen Sinne richtig; Wilson lehnt, wenigstens mit Worten, einzelne Kriegsziele des Verbandes ab, erklärt sich aber solidarisch mit dem Verbande in der Fortführung des Krieges bis zur Erfüllung einer Bedingung, die einer Selbst-

auslieferung Deutschlands an die Diktatur Wilsons gleichtame, darum unmöglich ist; folglich bedeutet die Note Wilsons sachlich eine glatte Ablehnung der Friedensnote des Heiligen Vaters. Dem entsprechend ist denn auch das Bestreben der päpstlichen Diplomatie ersichtlich, diesen floszigen Fels, den Wilson ihr vor die Füße geschoben, um jeden Preis aus dem Wege zu räumen; der „*Osservatore Romano*“ macht aus der Enttäuschung, welche die Wilsonsnote dem Heiligen Vater bereitet, gar kein Hehl; er schreibt: „Nach den Gesetzen der Logik und nach der Geschichte mußten wir bei dem Vergleich der Papstnote mit der Botschaft Wilsons vom 22. Jänner zu der Anschauung weitgehender Ideengemeinschaft zwischen beiden gelangen. Wir konnten nicht voraussehen, daß der Verfasser von Abrüstung und Schiedsgericht diese jetzt plötzlich für unwirksam und ungenügend erklären würde. Das sind Ueberraschungen der Geschichte“. Einem Vertreter der „*United Press*“ gegenüber führte Kardinal Gasparri aus, zu den zwei ersten Punkten der Friedensnote, Abrüstung und Freiheit der Meere, sei Benedikt XV. durch die Botschaft Wilsons bestimmt worden, weshalb das amerikanische Volk seine Worte nicht anders als die Wilsons auffassen dürfe. Mit klarer Absicht habe der Papst dann weiter „nicht von einer Demokratisierung der bestehenden Regierungen gesprochen, weil die Geschichte lehrt, daß eine Form der Regierung, die mit den Waffen auferlegt ist, nicht dauert und nicht dauern kann. Der Papst ist der Ansicht, man müsse den freien Willen der Völker in der Wahl ihrer Regierungsformen respektieren und sagt, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht (wie bekanntlich Oesterreich und Deutschland es haben!) die Völker diejenige Regierungsform selbständig zu wählen vermögen, die ihnen gefällt. Im übrigen werde die Demokratie durch den Krieg einen so starken Impuls erhalten, daß man eher mit Klugheit darauf hinarbeiten müsse, daß die Demokratie nicht in einer exzessiven Weise degeneriere und zur Anarchie führe“.

Sieht man die ganze gegenwärtige Lage nüchtern an, so wird man sich wohl sagen müssen: Zu einem aufrichtigen, aus höheren Rücksichten erstrebten Verständigungsfrieden sind die maßgebenden Führer des Verbandes nicht bereit; ihr einziges Bestreben geht nach wie vor darauf hinaus, ihre ursprünglichen Absichten doch noch in so weitgehendem Maße als möglich zu verwirklichen; lassen die militärischen Mißerfolge, die trüben Aussichten eines noch länger fortgesetzten U-Bootkrieges und andere ungünstige Umstände die weitere Fortsetzung als ein unrentables Geschäft erscheinen, dann wird man mit salbungsvollen Worten von einem Verständigungsfrieden reden, um bei den Friedensverhandlungen unter Hinweis auf das Verständigungsprinzip noch soviel Vorteile als möglich im Sinne der ursprünglichen Kriegsziele herauszuschlagen suchen. Die schwere aber auch lohnende Aufgabe des Heiligen Vaters wird es dann sein, darüber zu wachen, daß der Friede nicht zu einem schein-

baren, sondern zu einem wirklichen, auf Recht, Gerechtigkeit und Billigkeit gegründeten Verständigungsfrieden werde. Die Wilsonnote und die Bemerkungen des „*Osservatore Romano*“ beweisen hinlänglich, nach welcher Seite der Heilige Vater die größten Widerstände zu überwinden haben wird.

2. Auf unserer Seite ist eine gewisse Meinungsverschiedenheit darüber entstanden, wie weit die Katholiken und insbesondere die Priester sich an Friedensaktionen beteiligen sollen. Es ist vor allem wohl zu beachten, daß der Heilige Vater sich keineswegs in Form einer Enzyklika an die Bischöfe und durch sie an die Gläubigen, sondern in Form einer diplomatischen Note ausschließlich „An die Staatsoberhäupter der kriegsführenden Völker“ wendet. Der Grund ist einleuchtend. Wie sehr dem Heiligen Vater auch die Völkerver söhnung, die Pflege des Friedensgedankens und die baldige Beendigung des Krieges am Herzen liegt, so ist er doch weit davon entfernt, die Völker gegen die Regierungen aufzurufen. Er wendet sich an jene, welche die notwendige volle Sachkenntnis und die Macht und damit die heilige Verpflichtung haben, alles zu tun, was sie von ihrer Seite tun können, um seinen Friedensgedanken den praktischen politischen Ausdruck zu geben, ohne dabei zu entscheiden, welche Staatsmänner etwa eine Aufrüttelung des Gewissens nötig haben. Gewiß sind durch das allgemeine Wahlrecht auch die breiten Massen des Volkes zu einer entfernten, die erwählten Abgeordneten auch zu einer engeren Teilnahme an den folgenschweren Entscheidungen, um die es sich hier handelt, berufen; es kann auch jeder Staatsbürger seiner ehrlichen und begründeten Meinung Ausdruck geben und um Gesinnungsgenossen werben. Daraus folgt aber noch nicht, daß schon jeder Abgeordnete oder jede Gruppe von Abgeordneten, oder gar jeder Wähler, Zeitungsschreiber und Redner die Fähigkeit und das Recht besitzt, den allein vollständig eingeweihten und schließlich verantwortlichen Staatslenkern in aufdringlicher Weise die Wege vorzuschreiben. Solange man keinen Grund hat, am ehrlichen Willen der Staatslenker zu zweifeln, wird man vieles letztlich ihrer Gewissenhaftigkeit überlassen müssen. Selbst der italienischen Regierung gegenüber will der Heilige Vater offenbar diese Zurückhaltung beobachtet wissen; nicht anders kann man folgende Auslassung des „*Osservatore Romano*“ verstehen: „Der Heilige Stuhl stellt mit Bedauern fest, daß verschiedene auswärtige und italienische Blätter dem an die Staatsoberhäupter erlassenen Appell ungerechtfertigte und übertriebene Auslegungen geben; besonders beklagenswert ist der Artikel ‚Antwort aus dem Schützengraben‘ des Udinese *Corriere del Friuli*. Als öffentlicher Tadelsbeweis befahl der Heilige Vater, indem er auch den Gefühlen des Bedauerns seitens der lokalen geistlichen Behörden über besagten Artikel Rechnung trug, daß, unabhängig von jeder anderen Maßnahme, die erwähnte Zeitung ohne weiteres ihre Publikationen einstelle.“ Der Heilige

Vater wird also sicher keine Art der Agitation billigen, welche unseren verantwortlichen Staatslenkern in die Zügel fällt, oder ihnen in ganz überflüssiger Weise ihre ganz sicher von den besten Absichten getragene Arbeit erschwert. Oder glaubt jemand im Ernst, Kaiser Karl oder Graf Czernin seien kriegswütig und müßten erst durch den Druck einer sogenannten öffentlichen Meinung zu menschenfreundlicheren Absichten gezwungen werden? Einem durch und durch verlogenen Heppazifismus noch Wasser auf seine Mühlen zu treiben, haben wir durchaus keinen Grund. Es darf ferner mit Recht bezweifelt werden, ob jeder, der sich dazu berufen glaubt, auch über die notwendige volle Kenntnis der weltpolitischen Lage und über den ebenso unentbehrlichen politischen Weit- und Fernblick verfügt, um immer wieder zu verlangen, unsere leitenden Staatsmänner sollen immer und immer wieder, insbesondere unter gewissen Umständen und in gewissen Formen ihre Friedensbereitschaft beteuern oder sich zu dieser oder jener Friedensbedingung bekennen. Noch viel weniger würde es der Absicht des Heiligen Vaters entsprechen, wenn man sich seiner Friedensnote als eines Vorwandes zur Verbreitung antimilitaristischer Ideen, das heißt zur Entwertung der Verteidigungskraft gegenüber dem noch ganz ungeschwächt andauernden Angriff der Verbandsarmeen bedienen wollte. Die schwere Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes besteht auch jetzt noch ungeschwächt fort und diese Pflicht ist eine sittliche Pflicht, die durch die Religion nur noch tiefer begründet wird.

Von diesen und ähnlichen naheliegenden Mißgriffen abgesehen, kann es jedoch nur im Sinne des Heiligen Vaters liegen, wenn seine zunächst nur an die Regierenden gerichtete Friedensnote auch in den Herzen aller Gläubigen ein lautes Echo findet. Im Gegensatz zu den ersten Zeiten des Krieges, wo die unzeitgemäße Betonung des Friedensgedankens durch unsere dem Verband verschriebene Sozialdemokratie nur verwirrend wirken konnte, ist es heute ganz ungefährlich, der tiefen Friedenssehnsucht, die wir alle im Herzen tragen, auch lauten Ausdruck zu geben. Ganz mit Recht haben darum in unseren wie in den neutralen Ländern einzelne Katholiken und namentlich Priester und ganze Gruppen und Körperschaften dem Heiligen Vater für seine ganze so aufopferungsvolle Friedensarbeit und insbesondere für seine jüngste Friedensnote einen vom Herzen kommenden Dank ausgesprochen. Es liegt ganz im Sinne des Heiligen Vaters, wenn wir fortfahren, wie bisher allen unchristlichen Völkern abzuwehren, unserer allgemein menschlichen und christlichen Liebe gegen alle Völker und ihre Angehörigen Ausdruck zu geben und dieselbe gelegentlich auch in der Tat zu erweisen; insbesondere den Gefangenen wollen wir nur gute Erinnerungen aus Oesterreich mit in die Heimat geben. Vor allem aber werden wir in der wirksamsten Weise den Absichten des Heiligen Vaters entsprechen, wenn wir zu möglichst weiter Verbreitung und tiefer Erfassung jenes für

eine bessere Zukunft so unendlich wichtigen Grundgedankens nach Kräften beitragen, daß innerhalb der Grenzen der Gerechtigkeit und Billigkeit die völkerverföhnende, allumfassende, christliche Liebe das Grundgesetz der Beziehungen der Völker und Staaten untereinander für die Zukunft sein muß, ein Grundgesetz, das allerdings sich nur in dem Maße in die Wirklichkeit umsetzen wird, als die einzelnen sowohl wie die Völker in ihrem ganzen Leben zu den Grundsätzen des Christentumes zurückkehren werden. Die Bereitwilligkeit, auf dieser Grundlage einander zu behandeln, müssen wir überall mit aller Macht durchzusetzen suchen; wie weit derselben im einzelnen Falle und bei dem zu erwartenden Friedensschlusse im besonderen auch schon in der Tat Rechnung getragen werden kann, ist durch dieselbe Bereitwilligkeit auf der Gegenseite bedingt. Ein Recht, das in keiner Weise mehr durch die Macht geschützt ist, können wir hier in diesem Tränentale, wo der Leidenschaften zu viele sind, nicht erwarten. Auch für das neue Völkerrechtssystem der Zukunft, das der Heilige Vater verkündet, fordert er ja selbst Sicherung durch Macht: der wirtschaftliche Boykott, an den der Heilige Vater für diesen Zweck denkt, ist ein Machtmittel. Je mehr man der naheliegenden Versuchung widersteht, aus den lichten Höhen der allgemeinen katholischen Grundsätze herabzusteigen und ihnen auf eigene Faust in den von der Tagesmeinung umstrittenen Fragen eine allzu anfechtbare Auslegung zu geben, desto williger werden die Gläubigen diesen Grundsätzen selbst Ohr und Herz leihen und der gesamten Friedensaktion des Heiligen Vaters in ihren verschiedenen Stadien wahres Verständnis entgegenbringen.

3. Beispielgebend können hier die Bemühungen unserer wackeren Schweizer Katholiken für die Wiederverföhnung der Völker, insbesondere der Katholiken in den feindlichen Ländern wirken. Obschon die neutralen Katholiken, wie von allen Seiten zugegeben wird, hierin viel unbehinderter sind, als die Katholiken der kriegsführenden Mächte, insbesondere die Katholiken Deutschlands und Oesterreichs, welche viele durch ihre eigentümliche Lage gebotenen Rücksichten zu nehmen haben, so haben doch die Schweizer ihre ganze Aktion von vorneherein, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, welche über die Kriegsziele selbst richten wollen, mit Hintansetzung nationaler und politischer Fragen auf die Wiederanknüpfung geistiger Bande auf Grundlage des großen christlichen Friedensgedankens gegründet und dadurch bereits schöne Erfolge errungen.

4. Oesterreich-Ungarn kann stolz darauf sein, daß es gerade sein jugendlicher Herrscher ist, der dem vom Heiligen Vater immer wieder mit solcher Wärme betonten Gedanken der Völkerverföhnung und des Völkerfriedens in einer weltgeschichtlichen Urkunde einen geradezu erhabenen Ausdruck gegeben hat. Kaiser Karl sagt in der Einleitung zu dem von ihm am 2. Juli 1917 herausgegebenen großen Gnadenerlaß: „Es ist Mein unerschütterlicher Wille, die durch eine

göttliche Vorsehung Mir anvertrauten Rechte und Pflichten in der Weise auszuüben, daß Ich die Grundlage schaffe für eine gedeihliche und jegensreiche Entwicklung all Meiner Völker. Die Politik des Hasses und der Vergeltung, die, durch unklare Verhältnisse genährt, den Weltkrieg auslöste, wird nach dessen Beendigung unter allen Umständen und überall ersetzt werden müssen durch eine Politik der Versöhnlichkeit. Dieser Geist muß auch im Innern des Staates vorwalten. Es gilt, mit Mut und Einsicht und im wechselseitigen Entgegenkommen Völkervünsche zu befriedigen. In diesem Zeichen der Versöhnlichkeit will Ich mit Gottes mächtigem Beistand Meine Regentenpflichten üben und will, als Erster den Weg der milden Nachsicht betretend, über all jene bedauernswerten politischen Verirrungen ... den Schleier des Vergessens breiten.“ In einem Artikel über das neue Oesterreich weist das „Journal de Geneve“ (19. September 1917) auf die bewunderungswürdige Gelassenheit hin, mit welcher die Bevölkerung der Monarchie und insbesondere Wiens die Prüfungen des Krieges erträgt. Eine politische Debatte unter Männern verschiedener Volksstämme und verschiedener Parteischattierungen, wie sie jüngst in den Räumen der „Politischen Gesellschaft“ in Wien stattfand, wäre in keiner anderen Metropole als höchstens noch London möglich gewesen, da man eben in Wien einen hohen Grad politischer Erziehung erreicht habe. Die beständigen Bemühungen der Oesterreicher, rivalisierende politische Bestrebungen zu versöhnen, lassen sie gerüstet erscheinen, dem europäischen Frieden den Weg zu bahnen. Niemand sei noch je in Wien gewesen, ohne angenehme Erinnerungen an diese Stadt zu bewahren. Was dort vielleicht an Energie fehle, werde durch wahre, duldsame Menschlichkeit ersetzt. Auf alle, welche Gelegenheit hatten, mit dem Kaiser in Berührung zu kommen, mache er den Eindruck außerordentlicher Klarheit und Intelligenz. „Er will der Mann seiner Zeit sein und ist entschlossen, mit hinfälligen Ueberlieferungen zu brechen, um nach innen und außen am Werke der Wiedergeburt zu arbeiten. Möge der der Sympathien so würdige Monarch auf dem steilen Pfade ausharren, den er zu gehen sich entschlossen hat, und in der öffentlichen Meinung seiner Völker jene Unterstützung finden, die er braucht, um seine edlen Absichten zu verwirklichen und seine ungeheure Aufgabe zu erfüllen.“ Möchten wir bald den Frieden in Oesterreich als Vorboten des Friedens der Welt begrüßen können!

Der Kirchenstaat im Laufe der Jahrhunderte.

Von Dr. Josef Massarette in Luxemburg.

II.

Nach der Niederlage bei Novara am 23. März 1849 dankte König Karl Albert von Sardinien-Piemont auf dem Schlachtfeld zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel ab. Er selbst begab sich nach Portugal